

Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

ZI. LE.4.2.4/0021-RD 3/2018

Wien, am 27. April 2018

Gegenstand: Schriftl. parl. Anfr. d. Abg. z. NR Michael Bernhard, Kolleginnen und Kollegen vom 27.02.2018, Nr. 349/J, betreffend Verbot von Mikroplastik in Kosmetika

Die schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Michael Bernhard, Kolleginnen und Kollegen vom 27.02.2018, Nr. 349/J, beantworte ich, nach den mir vorliegenden Informationen, wie folgt:

Zu den Fragen 1, 4 und 5:

- *Liegen Ihnen auf Österreich bezogene Daten über die Häufigkeit und die Menge der Verwendung von Mikroplastik in Kosmetika vor?*
- *Letzte Gesetzgebungsperiode wurde gegen ein nationales Verbot von Mikroplastik damit argumentiert, dass es sich bei den verwendeten Zusatzstoffen um Lagerrestbestände handeln würde und unproblematische Ersatzstoffe bereits Marktreife hätten und in absehbarer Zeit diese Restbestände ersetzen würden.*
 - a) *Wie weit wurden mittlerweile Mikroplastikzusatzstoffe durch Ersatzstoffe ersetzt?*
 - b) *Welcher Art sind die verwendeten Ersatzstoffe?*
 - c) *Inwiefern wurde die Ungefährlichkeit dieser Ersatzstoffe abgetestet?*
- *Gibt es Abschätzungen bzw. Berechnungen welchen Anteil Mikroplastikpartikel aus Kosmetika an den gesamten in der Umwelt vorgefundenen Mikroplastikpartikel ausmachen?*

Laut einer aktuellen Studie der Europäischen Kommission ist davon auszugehen, dass derzeit europaweit noch immer 1.250 bis 1.910 Tonnen Mikroplastik diversen Pflegeprodukten beigefügt werden. Es geht dabei um Partikel in einer Größenordnung von $\leq 5\text{mm}$ (Studie: Intentionally added microplastics in products, European Commission, 2017).



Es gibt eine Reihe von potenziellen Alternativstoffen für Mikroplastik, wie beispielsweise Holzmehl, anorganische Materialien, gemahlene Pflanzenkerne und -schalen, et cetera. Alternativstoffe für Mikroplastik, die in Produkten wie Kosmetika eingesetzt und auf den Markt gebracht werden, müssen laut den geltenden rechtlichen Bestimmungen sicher für die Umwelt und die menschliche Gesundheit sein.

In den Jahren 2016 und 2017 führte das Umweltbundesamt im Auftrag des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus Marktuntersuchungen bei verschiedenen Kosmetikprodukten sowie Reinigungsmitteln in österreichischen Supermärkten durch. Es bestätigte sich, dass bereits Erfolge beim freiwilligen Mikroplastik-Ausstieg erzielt wurden, beispielsweise durch den Ersatz von Mikroplastik durch biobasierte Alternativen wie Holz. Laut den Marktuntersuchungen waren nach wie vor mikroplastikhaltige Produkte in den Regalen zu finden.

Bei der Erfassung von Mikroplastik in der Umwelt ist noch viel methodische Grundlagenarbeit zu leisten. Auf Grund einer fehlenden Standardmethode liegen derzeit keine verlässlichen Daten hinsichtlich der Mengen von Mikroplastik, die in Österreich in die Kanalisation, Kläranlagen und Gewässer gelangen, vor.

Zu Frage 2:

- *Wie weit ist die Arbeit der von österreichischer Seite mit dem Umweltbundesamt beschickten länderübergreifenden "Interessensgruppe Mikroplastik", deren Ziel die Reduktion der Verwendung von Mikroplastik ist, gediehen?*

Die sogenannte „Interest Group Plastics“ (Interessengruppe Plastik – IG Plastik) des Netzwerkes der Europäischen Umweltagenturen wurde 2016 auf Initiative des österreichischen Umweltbundesamtes gegründet. Sie wird seither vom Umweltbundesamt Deutschland und dem Umweltbundesamt Österreich gemeinsam geleitet. Im Jahr 2017 erarbeitete die IG Plastik Empfehlungen für die zukünftige EU-Plastikstrategie. Im Sommer 2017 wurden die Empfehlungen im Rahmen einer Konferenz in Brüssel diskutiert

(http://www.umweltbundesamt.at/en/news_events_reports/news_eaa/en_news_2017/news_17_0608_en_01/). Die Schwerpunkte der Arbeiten der IG Plastik im Jahr 2018 liegen auf den Bereichen Bioplastik, Reifenabrieb und Kläranlagen.

Zu Frage 3:

- *Wissen Sie von weiteren multinationalen Initiativen, die eine Reduktion des Einsatzes von Kunststoffen zum Ziel haben?*

Es gibt eine Reihe von multinationalen Initiativen, die sich mit dem Thema Kunststoffe bzw. mit der Reduktion von Kunststoffverlusten in die Umwelt befassen. Exemplarisch zu erwähnen sind unter anderem Initiativen der Vereinten Nationen im Bereich Meeresschutz, der Aktionsplan der G7-Staaten gegen Meeressmüll oder auch freiwillige länderübergreifende Initiativen wie „Operation Clean Sweep“ und „Zero Pellets Loss“.

Das Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus ist im Bereich Plastik und Mikroplastik seit Jahren aktiv. In Kooperation mit relevanten Akteurinnen und Akteuren wurden Initiativen betreffend die Reduktion von Einträgen von Plastik und Mikroplastik in die Umweltmedien und schließlich in die Meere gesetzt. Das Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus setzte sich insbesondere auch auf EU-Ebene dafür ein, dass die Europäische Kommission eine ambitionierte EU-Plastikstrategie ausarbeitet. In der im Jänner 2018 veröffentlichten Strategie sind nun eine Reihe konkreter Maßnahmen für den gesamten Lebenszyklus von Kunststoffen enthalten. Dabei wird nicht nur die europäische, sondern auch die globale Dimension des Themas beleuchtet.

Zu Frage 6:

- *Ist das schwedische Verbot ein für das Ressort denkbares Vorbild und*
- a) wenn ja, wann ist mit einer Umsetzung des Verbots in Österreich zu rechnen?*
 - b) wenn nein, warum nicht und wie wollen Sie hier weiter vorgehen, um die Umwelt und besonders die Gewässer vor weitergehender Kontaminierung zu schützen?*

Grundsätzlich sind umfassende europaweite Lösungen im Bereich Mikroplastik zu bevorzugen. Das Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus setzt sich seit Jahren auf europäischer Ebene für einen europaweiten Ausstieg aus Mikroplastik bei Kosmetika und Reinigungsmitteln ein. Wie bereits erwähnt, setzte sich das Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus auf EU-Ebene insbesondere auch dafür ein, dass die Europäische Kommission eine ambitionierte EU-Plastikstrategie ausarbeitet. In der im Jänner 2018 veröffentlichten Strategie sind nun u.a. auch konkrete Maßnahmen für den Bereich Mikroplastik in Produkten enthalten, der bis Mitte dieses Jahres konkrete Legislativvorschläge folgen sollen. In Abhängigkeit von den diesbezüglichen Fortschritten auf europäischer Ebene wird das Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus, je nach Notwendigkeit, allfällige weitere Schritte setzen.

Die Bundesministerin

